

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

29. Juli 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 23.07.13 tötete ein Selbstmordattentäter drei ISAF-Soldaten im Distrikt Saiedabad der Provinz Wardak (östlich von Kabul). Bei Gefechten in der südafghanischen Provinz Helmand (im an Pakistan grenzenden Distrikt Dishu) töteten am 28.07.13 afghanische Truppen mit Luftunterstützung der ISAF mindestens 45 Taliban. Es soll sich hauptsächlich um pakistanische Taliban aus der Nachbarprovinz Nimroz gehandelt haben.

Pakistan

Belutschistan: Anschläge auf Coast Guard und schiitische Moschee

Am 27.07.13 griffen Bewaffnete einen Posten der Pakistan Coast Guard (Küstenwache) im Gebiet Kuldan im Gwadar-Distrikt (Belutschistan) an. Sieben Angehörige der Coast Guard starben, sieben weitere wurden verletzt. Die verbotene Baloch Liberation Front (BLF) bekannte sich zum Anschlag. Nach deren Angaben wurden 25 Angehörige der Coast Guard getötet.

Am 21.07.13 hatte die BLF bereits einen anderen Kontrollposten im Sansar-Gebiet im selben Distrikt überfallen und acht Angehörige der Coast Guard getötet.

Am 21.07.13 Tag griffen drei Personen eine schiitische Moschee (Imambargah) in Hazara Town, einem Stadtteil von Quetta, an. Die privaten Wachen erwiderten das Feuer und töteten einen der Angreifer, die beiden anderen entkamen. Der Getötete trug nach Angaben der Polizei eine Selbstmordweste und eine Handgranate.

Khyber Pakhtunkhwa: Anschläge auf Markt und Reisebus

Am 26.07.13 explodierten Sprengsätze in einem belebten Markt und an einem Taxistand in Parachinar (50.000 Einwohner), größter Ort und Verwaltungssitz der FATA-Agentur Kurram. Es kamen 45 Menschen ums Leben und über 100 erlitten Verletzungen.

Am selben Tag wurden in der Kurram-Agentur in Lower Kurram im Gebiet Mangag (Khar Patti) zwei Menschen getötet und sechs verletzt, als ein Reisebus auf eine Landmine fuhr.

Sindh: Angriff auf Geheimdienstbüro

Am 24.07.13 griffen fünf Selbstmordattentäter ein Büro des Inter Services Intelligence (ISI), des wichtigsten pakistanischen Geheimdienstes, in Sukkur (900.000 Einwohner, drittgrößte Stadt des Sindh) an. Der ISI untersteht den Streitkräften. Alle Selbstmordattentäter und zwei Angehörige des ISI starben. Ferner kamen zwei weitere staatliche Bedienstete ums Leben und 38 Menschen wurden verletzt.

Irak

Sicherheitslage

Pressemeldungen zufolge soll es im Juli über 700 Gewaltopfer gegeben haben. So wurden in der vergangenen Woche bei Angriffen von Aufständischen auf die Gefängnisse Abu Ghraib und Tadschi bei Bagdad am

22.07.13 mehr als 50 Menschen getötet. Aus dem Gefängnis Abu Ghraib sollen Hunderte sunnitische Kämpfer entkommen sein, darunter hochrangige al-Qaida-Mitglieder. Im Anschluss überfielen schiitische Extremisten vier sunnitische Moscheen in der Nähe der Städte Kirkuk und Kut, wobei zwölf Menschen getötet und 50 verletzt wurden.

Am 25.07.13 erschossen militante Sunniten 14 schiitische Lastwagenfahrer. Sie hatten bei der Stadt Sulaiman Bek, nördlich von Bagdad, Straßenblockaden errichtet und die Schiiten gezielt getötet. Weitere Schießereien und Bombenanschläge führten am 25.07.13 zum Tod von mindestens 28 Menschen. Die Vorkommnisse ereigneten sich in Bagdad, Madaen und Mossul. Bei einem Bombenanschlag auf kurdische Sicherheitskräfte im Norden des Landes wurden am 28.07.13 mindestens zehn Soldaten getötet. Der Anschlag ereignete sich bei Tus Churmato, einem Gebiet, das sowohl von den Kurden als auch der Zentralregierung beansprucht wird.

Syrien

Anhaltende Kämpfe/Bisher mehr als 100.000 Tote

Die Kämpfe halten an. Für letzte Woche wird unter anderem von Autobomben in Damaskus, Luftangriffen auf Homs, Fraktionskämpfen zwischen Islamisten und säkularen Rebellen in Idlib und Demonstrationen in al-Raqa gegen die Jihadisten der al-Nusra-Front berichtet. Die staatliche Nachrichtenagentur SANA meldete am 27.07.13, dass bei einer Offensive der Rebellen in der Stadt Khan al-Assal (Nordsyrien) vergangene Woche 123 Menschen, meist Zivilisten, getötet worden seien. Die oppositionelle Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte sprach am 26.07.13. davon, dass bei der Offensive am 22. und 23.07.13 mehr als 150 Soldaten getötet wurden.

Nach Angaben der Vereinten Nationen haben die Auseinandersetzungen seit März 2011 mehr als 100.000 Todesopfer gefordert.

Libanon

EU setzt Hizbollah-Miliz auf Terrorliste

Die EU-Außenminister einigten sich am 22.07.13 in Brüssel darauf, den militärischen Arm der Hizbollah auf ihre Terrorliste zu setzen. Die Vermögen der Organisation in der EU werden eingefroren, sie weiterhin finanziell zu unterstützen ist verboten. Grund für das Verbot ist ein Bombenanschlag auf einen Bus mit israelischen Touristen in Bulgarien am 18.07.12, bei dem sieben Personen, darunter fünf israelische Urlauber, getötet wurden. Der bulgarische Innenminister sah im Februar 2013 die Verantwortung dafür bei der Hizbollah. Der libanesische Präsident Michel Suleiman rief die EU auf, ihren Beschluss zu überdenken, um die Stabilität im Libanon zu bewahren. Seit 1992 ist die Hizbollah im libanesischen Parlament vertreten und momentan Teil der Regierung.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen/Israel entlässt 104 palästinensische Häftlinge

Vertreter Israels und der Palästinenser wollen am 29.07.13 in Washington zu neuen Friedensgesprächen zusammenkommen. Das israelische Kabinett hatte zuvor die Freilassung von 104 palästinensischen Häftlingen beschlossen, die bereits vor dem ersten Oslo-Friedensvertrag inhaftiert worden waren. Dies hatten die Palästinenser zur Voraussetzung für neue Verhandlungen gemacht. Die Verhandlungen waren im September 2010 gestoppt worden, nachdem sich Israel geweigert hatte, den Baustopp für israelische Siedlungsgebiete in den besetzten Palästinensergebieten aufrechtzuerhalten.

Türkei

Gericht hebt Baustopp für Gezi-Park auf

Ein Verwaltungsgericht in Istanbul hob am 22.07.13 den Baustopp für den Gezi-Park auf, der im Juni verhängt worden war. Die Regierung hatte dagegen Einspruch eingelegt. Damit können nach rund zweimonatli-

gen Protesten gegen das Bauvorhaben und den Regierungsstil von Ministerpräsident Erdogan die Bauarbeiten beginnen. Die Polizei hatte zuletzt am 20.07.13 eine Demonstration mit ca. 1000 Teilnehmern im Gezi-Park unter Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern aufgelöst.

Tunesien

Politikermord führt zu Unruhen

In Tunesien kam es am 25.07.13 zum zweiten Mord an einem Oppositionspolitiker innerhalb weniger Monate. Unbekannte erschossen Mohammed Brahmi vor seinem Haus in einem Vorort von Tunis. Die Attentäter feuerten vor den Augen seiner Frau auf den 58-Jährigen und flüchteten auf einem Motorrad. Brahmi war Parlamentsabgeordneter, Gründer und Vorsitzender der „Bewegung des Volkes“, einer kleineren links-säkularen Partei, und galt als einflussreicher Oppositioneller. Als Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung, die derzeit eine neue Verfassung ausarbeitet, gehörte er dem linken, nicht religiösen Lager an. Nach seiner Ermordung rief die größte Gewerkschaft UGTT des Landes zur Arbeitsniederlegung auf. In Tunis und in anderen Städten versammelten sich zahlreiche Menschen zu spontanen Protesten gegen Terrorismus und Gewalt. Vor dem Innenministerium setzten Sicherheitskräfte Tränengas gegen aufgebrachte Demonstranten ein. In der Stadt Sidi Bouzid griff die Menge das Büro der Regierungspartei an und setzte es in Brand.

Am 27.07.13 nahmen Tausende an einem Trauermarsch für den ermordeten Brahmi teil. Nach Medienberichten setzte die Polizei Tränengas ein, um Protestierende zu zerstreuen. Nur wenige Stunden vor dem Trauermarsch war vor einer Polizeiwache in Tunis in einem geparkten Polizeiauto eine Bombe explodiert. Ein Beamter sei dabei leicht verletzt worden, erklärte ein Polizeisprecher. In der Nacht zu Samstag war bei Protesten in der Stadt Gafsa im Süden des Landes ein Demonstrant unter noch ungeklärten Umständen zu Tode gekommen.

Die Regierung erklärte, eine radikale Salafistengruppe sei für den Mord an Mohammed Brahmi verantwortlich, da er mit derselben Waffe getötet worden sei wie im Februar der Oppositionspolitiker Chokri Belaid. Dieser – ein überzeugter Kritiker der Islamisierung der tunesischen Gesellschaft – war Anfang Februar 2013 erschossen worden. Belaid's Ermordung hatte die größten Proteste seit dem Sturz der Regierung von Ben Ali im Januar 2011 ausgelöst, die zum Rücktritt von Ministerpräsident Hamadi Jebali und zur Umbildung des Kabinetts führten. Mittlerweile wurden zwei Salafisten als Mordverdächtige festgenommen und angeklagt, die Hintermänner sind auf der Flucht.

Libyen

Bengasi/Tripolis

Am 27.07.13 gab es einen Massenausbruch aus dem al-Kweifiya-Gefängnis in Bengasi. Über 1.200 Gefangene sollen entkommen sein. Die Insassen hatten einen Aufstand begonnen und erhielten Hilfe von Bewaffneten außerhalb des Gefängnisses. Achtzehn Gefangene wurden gefasst, einige kehrten freiwillig zurück. Viele der Entkommenen sollen wegen schwerster Straftaten in Haft gewesen sein. Der Premierminister erklärte die Hilfe bei der Flucht damit, dass die Bevölkerung das Gefängnis nicht in ihrer Nachbarschaft haben wolle. Unklar ist, ob der Angriff auf das Gefängnis im Zusammenhang mit den landesweiten Protesten gegen die Ermordung des Rechtsanwalts und Menschenrechtsaktivisten Abdulsalam Al-Mesmari am 26.07.13 steht. Dieser war ein Kritiker der Muslimbrüder und der Islamisierung im Lande, spielte aber auch eine herausgehobene Rolle in der Revolution gegen das Gaddafi-Regime. Demonstranten stürmten die Büros einer Partei in Tripolis, die den Muslimbrüdern nahesteht, sowie das Büro einer anderen islamistischen Partei. Die Inneneinrichtungen wurden zerstört und Parolen wie in Ägypten gerufen: „Wir wollen nicht die Bruderschaft, sondern die Armee und Polizei!“

Am 27.07.13 wurde ein pensionierter Hauptmann der Luftwaffe in Bengasi getötet.

Am 26.07.13 erschossen Unbekannte drei Angehörige der Sicherheitskräfte.

Am 25.07.13 wurde die Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Tripolis mit einem Raketenwerfer angegriffen. Es entstand nur Sachschaden.

Bruttoinlandsprodukt gewachsen

Der African Economic Outlook 2013 nimmt für Lybien ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2012 von 95 Prozent an. Für das Jahr 2013 wird von einem Anstieg um 15 Prozent ausgegangen. Die Inflationsrate bei Konsumprodukten soll von geschätzt sieben Prozent im Jahr 2012 auf knapp fünf Prozent in 2013 zurückgehen. Der Haushaltsüberschuss wird für 2012 mit rund 13 Prozent und für 2013 mit etwa sechs Prozent angenommen. Die Fremdwährungsreserven betragen im Jahr 2012 etwa 27 Prozent. Für 2013 werden etwa 23 Prozent erwartet. Die positive Entwicklung wird überwiegend auf die Wiederaufnahme der Ölproduktion zurückgeführt. Auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes außerhalb des Öl- und Gassektors habe sie sich nicht ausgewirkt.

Ägypten

Zahlreiche Tote bei Demonstrationen

Bei Massendemonstrationen von Gegnern und Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi am 26.07.13 wurden in der Nacht zum 27.07.13 nach Angaben des Gesundheitsministeriums 72 Menschen getötet und Hunderte verletzt. Der Muslimbruderschaft zufolge soll die Zahl der Todesopfer fast doppelt so hoch sein. Auslöser der bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und den Anhängern Mursis war der Versuch eines Teils der Demonstranten, die Nilbrücke des 6. Oktober in der Nähe des Tahrir-Platzes zu besetzen. Polizei und Sicherheitskräfte auf der Brücke eröffneten das Feuer. Nach Berichten von Augenzeugen sollen auch Heckenschützen von Dächern aus auf die Demonstranten geschossen haben. Nach Angaben von Ärzten sollen 70 Prozent aller Verletzungen auf Heckenschützen zurückzuführen sein. Nach den Worten von Innenminister Mohamed Ibrahim hätten die Muslimbrüder die Sicherheitskräfte angegriffen, um einen Zwischenfall zu provozieren. Er gab die Zahl der Verletzten in den Reihen der Sicherheitskräfte mit 14 Polizisten und 37 Soldaten an.

Russische Föderation

Sicherheitslage Nordkaukasus 1. Halbjahr 2013

Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden haben laut Angaben des tschetschenischen Innenministeriums im 1. Halbjahr 2013 in Tschetschenien 24 extremistische Kämpfer getötet. Des Weiteren seien 41 Mitglieder illegaler bewaffneter Gruppierungen festgenommen und diverse Verstecke mit vielen Schusswaffen und Munition entdeckt worden. Elf Kämpfer hätten sich freiwillig ergeben. Der tschetschenische Innenminister Ruslan Alchanow betonte, dass die verbliebenen separatistischen Gruppierungen in Tschetschenien nicht mehr in der Lage wären, die Republik zu destabilisieren und keine Unterstützung von Seiten der Bevölkerung mehr bekämen.

Nikolai Patruschew, einst Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB und heute Sekretär des russischen Sicherheitsrates, teilte mit, dass erstmals seit Jahren die Terrorgefahr im Nordkaukasus stark rückläufig sei. Die Zahl der terroristischen Verbrechen sei im 1. Halbjahr 2013 um 43 Prozent gesunken. Die Sicherheitskräfte hätten den separatistischen/islamistischen Gruppierungen spürbare Verluste zugefügt. Allerdings sei die Situation in den nordkaukasischen Regionen noch kompliziert. Besonders gelte dies für Dagestan. Auf diese russische Teilrepublik entfielen rund 80 Prozent aller Kampfaktivitäten und Anschläge.

Nigeria

Nordnigeria: Viele Tote bei Auseinandersetzungen zwischen Bürgerwehr und Boko Haram

Am 27.07.13 suchten Jugendliche einer Bürgerwehr („Civilian Joint Task Force“ – Civilian JTF) aus Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) im Dorf Dawashi (nahe des Tschadsees, Kukawa Local Government Area, nordöstlicher Bundesstaat Borno) nach Mitgliedern der islamistischen Terrororganisation Boko Haram. Dabei schossen mutmaßliche Boko-Haram-Angehörige auf Bewohner des Dorfes und töteten mindestens 20 Menschen, meist Fischer und Händler.

Bei einem weiteren Vorfall wurden nach eigenen Angaben einer Bürgerwehr aus Maiduguri am 26.07.13 fünf ihrer Mitglieder bei der Suche nach mutmaßlichen Boko-Haram-Angehörigen im Dorf Mainok (etwa 50

km von Maiduguri, Konduga Local Government Area) von den Terroristen getötet. Laut Angaben eines Militärsprechers soll nur einer der Jugendlichen getötet und ein anderer verletzt worden sein.

Am 27.07.13 berichtete die nigerianische Tageszeitung Daily Trust unter Berufung auf Augenzeugen, dass am 25.07.13 ein mutmaßliches Boko-Haram-Mitglied von einer Bürgerwehr in Maiduguri bei lebendigem Leibe verbrannt worden sei. Die sei der zweite Vorfall dieser Art innerhalb einer Woche gewesen sein. Von den Sicherheitskräften wurde der Vorfall offiziell bisher nicht bestätigt.

Die vor etwa zwei Monaten in mehreren Orten Nordnigerias, insbesondere in Maiduguri, von Jugendlichen gegründeten Bürgerwehren wollen die Sicherheitskräfte beim Ergreifen von Boko-Haram-Mitgliedern unterstützen, indem sie diese aufgrund ihrer besseren Ortskenntnisse identifizieren, festnehmen und den Sicherheitskräften übergeben. Ihnen wurde in einigen Fällen auch die Kontrolle an Straßensperren übertragen.

DR Kongo

Nord-Kivu: Schwere Menschenrechtsverletzung durch Regierungsarmee und M23-Rebellen

Laut einem am 22.07.13 veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) wurden von M23-Rebellen („Bewegung des 23. März“) in der ostkongolesischen Provinz seit März 2013 mindestens 44 Menschen hingerichtet sowie mindestens 61 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Ferner dokumentierte HRW durch Interviews mit der örtlichen Bevölkerung und Deserteuren der M23 die Zwangsrekrutierung Dutzender Männer, auch Kinder, im Ostkongo und Ruanda durch die M23. Zudem unterstütze Ruanda laut HRW die M23 weiterhin mit Soldaten, Waffen, Munition und Versorgungsgütern. Am 17.07.13 hatte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon seine Besorgnis über Berichte geäußert, wonach kongolesische Regierungssoldaten in den ersten Tagen nach den am 14.07.13 erneut ausgebrochenen Kämpfen gefangene M23-Rebellen misshandelt und deren Leichen geschändet hätten. Er drohte, die Unterstützung für die Armeeeinheiten zu überdenken, die in Verdacht stehen, in diese Vorfälle verwickelt zu sein. Hierauf reagierte die kongolesische Regierung am 18.07.13 mit der Verhaftung und Überstellung eines für die Leichenschändung verantwortlichen Armeeleutnants an die Militärjustiz.

Südsudan

Präsident entlässt Kabinett

Präsident Salva Kiir Mayardit entließ am 23.07.13 überraschend die gesamte Regierung in der Folge eines schwelenden Machtkampfes innerhalb der Regierungspartei SPLM (Sudan People's Liberation Movement). Den Generalsekretär der Partei, Pagan Amun, suspendierte er. Nach Ansicht von Beobachtern haben sich im Vorfeld der für 2015 anstehenden Präsidentschaftswahlen in der Partei verschiedene Lager gebildet. Salva Kiir wolle sich einiger einflussreicher Konkurrenten entledigen. Besonders sein Stellvertreter Riek Machar soll in letzter Zeit mehrfach einen Wechsel an der Spitze des Staates und der Regierungspartei gefordert haben. Ihm zufolge würden 90 Prozent der Steuer- und Zolleinnahmen des Landes veruntreut.

Salva Kiir gehört den Dinka, der größten Ethnie Südsudans, an. Riek Machar ist Nuer. Während des Krieges gegen Nordsudan unterstützten Milizführer der Nuer, darunter zeitweilig auch Riek Machar, den Norden gegen die SPLA/M. Der Bruch zwischen Salva Kiir und Riek Machar könnte zu einem Bürgerkrieg in dem erst seit zwei Jahren unabhängigen Staat führen.

In der Hauptstadt Juba riefen nach Entlassung der Regierung Radiosender zu Ruhe und Ordnung auf. Sicherheitskräfte bewachen Regierungseinrichtungen.

Somalia

Selbstmordanschlag auf türkische Botschaft

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Wohnanlage von Mitarbeitern der türkischen Botschaft in Mogadischu kamen am 27.07.13 vier Menschen ums Leben, unter ihnen ein türkischer Polizist. Den türkischen Sicherheitskräften soll es gelungen sein, zwei der Angreifer, die in die Wohnanlage eindringen wollten, zu töten. Ein dritter Angreifer soll sich in einem Auto in die Luft gesprengt haben.

Mali

Präsidentenwahlen

Am 28.07.13 fanden in Mali Präsidentenwahlen statt. Ein offizielles Ergebnis wird am 02.08.13 erwartet. Sollte kein Anwärter die absolute Mehrheit erzielen, wird es am 11.08.13 eine Stichwahl geben. Die zunächst ebenfalls für Juli geplante Parlamentswahl wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Offiziell gibt es in Mali 6,8 Millionen Wahlberechtigte. Jedoch rechnen Experten auch wegen der prekären Sicherheitslage mit einer sehr geringen Beteiligung. Hunderttausende Flüchtlinge hatten zudem keine Wahlzettel erhalten. Insgesamt 27 Kandidaten bewarben sich um das Präsidentenamt. Unter ihnen der politische Veteran Ibrahim Boubacar Keita (68) und der Astrophysiker Cheik Modibo Diarra (61), der in der Übergangsregierung zeitweise als Regierungschef fungierte. Mit Aissata Haidara Cissé stellte sich auch eine Frau zur Wahl. Dioncounda Traoré, der seit April 2012 die Übergangsregierung geleitet hatte, trat nicht an.

Togo

Regierungspartei gewinnt Parlamentswahlen

Am 25.07.13 fanden Parlamentswahlen statt. Die ursprünglich für Oktober 2012 geplanten Wahlen waren wegen oppositioneller Forderungen nach Reformen und Boykottandrohungen mehrmals verschoben worden. Am 28.07.13 veröffentlichte die nationale Wahlkommission das Ergebnis. Danach erhielt die Regierungspartei Union pour la République (UNIR) 62 der 91 Mandate. Die stärkste Kraft der Opposition, das Bündnis Collectif Sauvons le Togo (CST), erreichte 19 Sitze. Das Verfassungsgericht muss das Wahlergebnis bestätigen. Laut Wahlbeobachtern der Afrikanischen Union und der afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS verlief die Wahl „annehmbar“. Das CST sprach von Manipulationen und Unregelmäßigkeiten. Etwa 3,3 Millionen Togoer waren wahlberechtigt, die Wahlbeteiligung lag bei fast 66 Prozent.

China

Behörden gehen gegen Zurschaustellung von Bildern des Dalai-Lamas vor

Wie Radio Free Asia am 22.07.13 berichtete, gehen chinesische Behörden in von Tibetern bewohnten Gebieten der Provinz Qinghai gegen den Besitz und die Zurschaustellung von Bildern des Dalai-Lamas vor. So seien Fahrzeuge von Tibetern durchsucht und Bilder konfisziert worden.

Ende Juni war berichtet worden, chinesische Stellen hätten in mehreren von Tibetern bewohnten Gebieten der Provinzen Qinghai und Sichuan erlaubt, den Dalai-Lama als religiösen Führer zu verehren und dessen Fotos zu zeigen (siehe BN vom 01.07.13). Chinesische Behörden hatten entsprechende Meldungen zurückgewiesen.

Myanmar

Amnestie

Der Verlautbarung eines Regierungssprechers vom 23.07.13 zufolge amnestierte Präsident Thein Sein 73 politische Gefangene. In der Woche zuvor hatte der Präsident angekündigt, bis Ende 2013 alle politischen Gefangenen freizulassen (siehe BN vom 22.07.13). Nach Berichten der Organisation Assistance Association for Political Prisoners (Burma) geht die Regierung jedoch gleichzeitig u.a. mit Festnahmen weiter gegen Aktivisten vor.

Anschlag auf radikalen buddhistischen Mönch

Wie am 22.07.13 bekannt wurde, verübten Unbekannte am 21.07.13 in Mandalay einen Sprengstoffanschlag auf eine Versammlung von Anhängern des radikalen buddhistischen Mönches Wirathu. Fünf Personen wurden verletzt, Wirathu blieb unverletzt. Der Mönch gilt als Führer der anti-muslimischen „969“-Bewegung. Radikale Buddhisten sollen die anti-muslimische Gewalt angestiftet haben, die seit Juni 2012 Dutzende Todesopfer forderte und Zehntausende zu Binnenvertriebenen machte.